



## Presseinformation

München, 11. Februar 2014

### **BLÄK: Nein zur Freigabe der „Pille danach“**

Ein nicht ganz neuer Streit um die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ ist in Deutschland entbrannt. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) ist gegen diese Freigabe, was Dr. Max Kaplan, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), unterstützt. Aus Kaplans Sicht sind ein „unkomplizierter, schneller und diskriminierungsfreier Zugang“ zu dem Verhütungsmittel und eine ärztliche Beratung am besten gewährleistet, wenn es bei der Verschreibungspflicht bleibt, erklärte Kaplan. Zugang und Beratung sind durch Sprechstunde und Bereitschaftsdienst rund um die Uhr gesichert.

Der Präsident stellt sich damit explizit gegen die Auffassung einiger Experten und Politiker, eine Verschreibungspflicht für das Präparat auf Basis des Wirkstoffes „Levonorgestrel“ aufzuheben. „Die Pille bedeutet einen gravierenden Eingriff in den Hormonhaushalt, daher brauchen betroffene Frauen eine kompetente Beratung durch einen Arzt“, so BLÄK-Vizepräsidentin Dr. Heidemarie Lux. Es handle sich um ein Notfallmedikament mit Nebenwirkungen. Zu diskutieren seien stets auch die Wirksamkeit und Verträglichkeit. So gelte es beispielsweise das Thromboserisiko der Frau abzuklären und auf Nebenwirkungen hinzuweisen. Mit der bloßen Abgabe der „Pille danach“ sei es zudem nicht getan. Eine Beratung über Kontrazeptionsmöglichkeiten gehöre immer dazu.

Kaplan bezweifelt ernsthaft, ob eine Apotheke im Nacht- und Notdienst die Patientinnen kurzfristig, inklusive der notwendigen Beratung, versorgen könne. „Wie wollen Apotheker nachts bei der Abgabe über ein Fenster die Risikoabklärung durchführen, die Verantwortung dafür übernehmen, dass das Medikament nicht missbräuchlich angewendet wird und eine Beratung über Empfängnisverhütung leisten“, hinterfragt Bayerns Ärztechef.

*Pressestelle*